

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 178. Ratssitzung vom 13. Dezember 2017**

### **3580. 2017/313**

**Weisung vom 13.09.2017:**

**Finanzverwaltung, Aufgaben- und Finanzplan AFP 2018–2021**

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 wird zur Kenntnis genommen.

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2017/313 und 2017/311.  
Für GR Nr. 2017/311 siehe Protokoll der 179. Sitzung vom 13. Dezember 2017,  
Beschluss-Nr. 3596/2017.

Referent zur Vorstellung der Weisung:

**Walter Angst (AL):** *Die RPK hat den Entwurf des Stadtrats zum Budget 2018 geprüft. Anhand des Berichts der Finanzkontrolle haben wir festgestellt, dass die rechnerischen und formellen Anforderungen erfüllt sind. Der Stadtrat legt dem Gemeinderat ein Budget mit einem Aufwandüberschuss von 43,4 Millionen Franken vor. Der Abschluss der Rechnung 2017 ist noch nicht bekannt, der Finanzvorstand ging Ende November 2017 jedoch von einer schwarzen Null aus. Mit dem budgetierten Defizit für die Jahre 2017 und 2018 würde sich das Eigenkapital der Stadt Zürich von 1018 auf 947 Millionen Franken reduzieren. Sollte der Rechnungsabschluss 2017 positiv ausfallen, wird sich dieser Wert erhöhen. Der budgetierte Personalaufwand steigt gegenüber dem Budget 2017 um 60 Millionen Franken. Der vom Stadtrat bewilligte Personalstellenwert nimmt zwar um 10,7 Stellen ab, dieser Rückgang ist jedoch vor allem auf eine Bereinigung von insgesamt 216 Stellen im Schulamt zurückzuführen. Per Saldo soll der Personalstellenwert 2018 um 205 Stellen zunehmen. Der Sachaufwand erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um 38 Millionen Franken, davon sind 7,6 Millionen Franken im Verwaltungsbereich budgetiert. Eine Zunahme verzeichnen die budgetierten Investitionen im Hochbau des Verwaltungsbereichs. Sie steigen im Vergleich zum Budget 2017 um 35 auf 420 Millionen Franken, vor allem aber steigen sie im Vergleich zur Rechnung 2016 um insgesamt 207 Millionen Franken, respektive um 97 Prozent. Damit drückt sich auch die Erhöhung des Plafonds für Hochbauten im Budget 2018 aus. Der AFP geht von Defiziten von 108 bis 136 Millionen Franken aus. Im Vergleich zu den Vorjahren haben sich die Defizite erheblich reduziert. Erfahrungsgemäss wird sich der Saldo durch die Vorgabe von Plafonds im Budgetprozess zusätzlich verringern. Nicht oder fast nicht im AFP berücksichtigt sind die Folgen der Leistungsüberprüfung 2016, die Steuervorlage 2017 sowie die Auswirkungen des Wechsels von HRM1 auf HRM2, der mit dem Budget 2019 stattfinden wird. Die RPK teilt die Feststellung des Stadtrats, dass die Finanzierung der städtischen Leistungen für die kommenden Jahre*

anspruchsvoll bleiben wird. Der Stadtrat hält an seinen im Vorjahr formulierten finanzpolitischen Zielen fest. Diese sind, das Rechnungsergebnis ohne Sondereffekte mittelfristig ausgeglichen zu gestalten; ein angemessenes Eigenkapital zu erhalten, um politisch handlungsfähig bleiben zu können, sowie neue Investitionen zu einem hohen Anteil aus eigenen Mitteln finanzieren zu können, um die Neuverschuldung möglichst gering zu halten. Die Mehrheit der RPK hält diese Zielsetzungen für angemessen und weist darauf hin, dass die Bestellungen des Gemeinderates einen wesentlichen Einfluss darauf haben, ob die Ziele erreicht werden können. Die Minderheit der RPK hält die Zielsetzungen des Stadtrats für ungenügend und ist besorgt, dass zur Sanierung des Budgets der Fokus nur auf der Seite der Einnahmen (hohe Steuererträge) und nicht auf die Seite der Ausgaben liegt. Ein Teil der Minderheit wünscht sich zudem vom Stadtrat eine nachhaltige Finanzpolitik, die im Sinne der kommenden Generationen einen sukzessiven Abbau des Fremdkapitals vorsieht. Die RPK wurde von der Finanzverwaltung informiert, dass im Jahr 2017 eine weitere Einlage in die Rückstellungen für die Finanzierung des Ressourcenausgleichs im Jahr 2018 vorgenommen werden muss. Sie hat einen Umfang von stattlichen 69 Millionen Franken. Dieser Betrag wurde bei der Erwartungsrechnung des Stadtrats für das Jahr 2017 bereits berücksichtigt. Das zeigt, dass das Jahr 2017 ein eigentlich sehr positives ist. Die RPK hat mit Interesse zur Kenntnis genommen, dass das Stadtspital Triemli ein Ergebnisverbesserungsprogramm eingeleitet hat. Sie fordert den Stadtrat auf, die Anstrengungen des Stadtspitals, die Eigenwirtschaftlichkeit zu erreichen, zu unterstützen. Die für den Spitalbetrieb nicht mehr benötigten Liegenschaften sind von der Stadt zu übernehmen und einer neuen Nutzung zuzuführen. Zu prüfen ist ausserdem, ob und wie die Zinsbelastung des Stadtspitals Triemli reduziert werden kann. Die RPK stellt mit Besorgnis fest, dass die Reorganisation von Entsorgung + Recycling Zürich (ERZ) nur schleppend vorankommt. Die seit Juni 2017 vakante Stelle des Direktors konnte noch nicht neu besetzt werden. Die RPK wünscht, dass den Kommissionen und dem Rat rasch dargelegt wird, wie und in welchen Strukturen innerhalb oder ausserhalb der Stadtverwaltung die Problembereiche des ERZ und der Rolf Bossard AG, die angeschlagene ZAV Recycling AG oder die defizitären Werkstattbetriebe künftig betrieben werden sollen. Die RPK nahm zur Kenntnis, dass der Stadtrat den Antrag zu der am 4. Juni 2014 eingereichten Motion der RPK, die verlangt, dass die Maximalbeträge der Lohnfortzahlungen und Abfindungen nach Entlassungen gesenkt werden, leider erst im März 2018 dem Gemeinderat überwiesen werden kann. Wir wurden zwar laufend über den Stand der Arbeiten informiert, aber wir finden es bemühend, wenn eine Motion der RPK, die unmittelbar nach Legislaturbeginn eingereicht wird, nicht mehr in der gleichen Legislatur behandelt werden kann. Die RPK bedauert, dass der Stadtrat den Auftrag, kostendeckende Tarife für Personalparkplätze einzuführen, in den Departementen sehr unterschiedlich umsetzte. Wir wünschen eine einheitliche Regelung für die ganze Stadt Zürich. Die RPK bedauert ausserdem, dass im AFP 2018–2021 die Planzahlen der Dienstabteilung wieder nicht wiedergegeben werden und hofft, dass das nächstes Jahr angepasst werden kann. Eine Mehrheit der RPK stimmt dem Budget zu, eine Minderheit lehnt es ab. Die Minderheit beantragt zudem eine Senkung des Steuerfusses auf 117 Prozent.

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 3581/2017–3588/2017)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Die Stadt Zürich wächst markant und prosperiert als wichtiger Teil des Wirtschaftsraums und des Wirtschaftsmotors der Schweiz. Sie bietet hohe Lebensqualität in Bereichen wie Kultur, soziale Sicherheit, Gesundheit, Bildung, Sport und Wohnen. Die Stadt Zürich ist offen, tolerant und innovativ und bietet eine insgesamt hervorragende Infrastruktur. Das alles bedeutet eine Herausforderung. Angesichts eines Budgets von 8,8 Milliarden Franken, des Aufwandüberschusses von 41 Millionen Franken im Budget und des Aufwandüberschusses im Planjahr von rund 100 Millionen Franken sind wir trotz allem gut unterwegs. In den letzten Jahren gingen die AFPs jeweils von einem Defizit aus, letztlich wurde trotzdem positiv abgeschlossen und das bei einem unverändert hohen Nettoinvestitionsvolumen von einer Milliarde Franken. Die Ziele bleiben für den Stadtrat unverändert: Wir vertreten eine mittelfristige Sicht und fokussieren nicht jeweils nur auf ein Jahr, damit ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis gestaltet werden kann; wir fokussieren auf ein angemessenes Eigenkapital, die Neuinvestitionen sollen aus eigenen Mitteln finanziert werden, was in den letzten Jahren gelang. Ausserdem wollen wir eine konstante, berechenbare Steuerpolitik. Die Stadt und der Stadtrat werden auch zukünftig darauf achten, dass die Ausgabendisziplin hoch bleibt. Grundsätzlich sind jeweils vier Jahre im Fokus. Ein Effekt davon ist, dass sich jeweils mehr im Plan befindet, als letztlich im Budget und schliesslich in der Rechnung erscheint. Im laufenden Jahr rechne ich mit einer schwarzen Null und ein wenig darüber. Präziser lässt sich das nicht ausdrücken, da spielen die vom Börsenkurs abhängigen Flughafenaktien eine Rolle. Grundsätzlich sind wir gut unterwegs und befinden uns weder in einer Sackgasse noch sind wir sehr gut unterwegs. Die Stadt hat ein Eigenkapital von einer Milliarde Franken, die Kapitalmarktschulden konnten in den letzten Jahren um 700 Millionen Franken abgebaut werden und ich gehe davon aus, dass auch im nächsten Jahr die Schulden langfristig sinken. Die Herausforderungen aber bleiben: Wachstum kostet. Im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich steigen die Kosten. Mit der Steuerreform wird es zu gewissen Ausfällen kommen, die Höhe kann aber noch nicht abgeschätzt werden. So braucht es ein angemessenes Eigenkapital und es wäre fahrlässig und unklug, am Steuerregler zu spielen. Bevor das zur Diskussion anstehen kann, müssen erst die grossen Rahmenbedingungen geklärt sein – der grosse Investitionsbedarf muss finanziert werden können. Deshalb hält der Stadtrat auch für das Jahr 2018 am aktuellen Steuerfuss fest.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit zum Budget und AFP sowie zum Änderungsantrag AFP:

**Walter Angst (AL):** *Die Mehrheit besteht aus einer bunten Koalition, die dem Budget und dem AFP zustimmen wird. Trotz unterschiedlichen Meinungen bezüglich Nuancen sind wir alle von der Meinung der Minderheit befremdet. Sie fasst vier Dinge zusammen, die eigentlich nicht zusammengehören: Erstens wird einerseits ein Schuldenabbau und andererseits eine Steuersenkung verlangt. Zweitens soll einerseits weniger Geld aufgenommen, aber andererseits die Infrastruktur für das wachsende Zürich finanziert werden. Die Mehrheit kann nicht nachvollziehen, wie diese vier Forderungen in*

Übereinstimmig gebracht werden sollen. Im Jahr 2017 wurde mit allen Zusatzkrediten ein Minus von 70 Millionen Franken budgetiert, 70 Millionen Franken werden in die Rückstellungen gelegt, damit die 470 Millionen Franken des Ressourcenausgleichs 2018 finanziert werden können – ohne, dass Geld aus der laufenden Rechnung genommen werden muss. Insgesamt ist die Rechnung um etwa 100 Millionen Franken besser im Vergleich zum budgetierten Betrag. Der erste Grundlagenirrtum der Minderheit ist das Vorhandensein eines Budgetdefizits, das zum Abbau des Eigenkapitals führen würde. Das ist nicht der Fall. Der zweite Grundlagenirrtum bezieht sich auf den AFP: Er bildet die vorhandenen Pläne ab und ist deshalb negativ. Die Zahlen zeigen, dass die Kurve in den letzten Jahren deutlich nach oben steigt. Nie entsprach das grösste Defizit im AFP 140 Millionen Franken. In der Vergangenheit war stets von 300 und 400 Millionen Franken die Rede. Es macht kaum Sinn, die AFP-Methodik wegen dem Wunsch nach Steuersenkungen anzuzweifeln. Wenn keine aussergewöhnlichen Situationen eintreten, wird sich der vom Kanton geforderte mittelfristige Finanzausgleich immer in roten Zahlen befinden. Daran hat sich bisher niemand gestört. Eine sachliche Diskussion wäre angebracht, die bunte Koalition der Mehrheit ist der Hoffnung, dass wir bald wieder dazu kommen und glaubt, dass die Grundlagen, auch wenn wir in Nuancen unterschiedlicher Meinung sind, richtig sind.

**Michael Baumer (FDP):** Die Minderheit findet es schade, dass dem Postulat, das die Mehrheit im Gemeinderat im letzten Jahr überwies und verlangte, dass das erste Planjahr nach dem Budget plus eins mindestens null sein sollte, noch nicht nachgekommen wurde. Wir lehnen die aktuelle Methodik des AFP ab. Man stellt quasi eine Einkaufsliste zusammen und wenn man dem entsprechenden Jahr näherkommt, stellt man fest, dass das alles gar nicht umgesetzt werden kann oder dass etwas wieder entfernt werden muss. So sinkt die Einkaufsliste wieder und man nähert sich der Null, wenn das Jahr näher rückt. Wir sind der Meinung, dass man von einer Null ausgehen sollte und wenn dann ein Projekt nicht auszuführen ist, kann ein anderes vorgezogen werden, womit auch eine Priorisierung der Projekte erstellt wird. Diese Methodik erlaubt eine genauere Planbarkeit der Entwicklung der Ausgabenseite. Der Stadtrat bevorzugt aber die Einkaufslisten-Methodik. Die Frage zur Methodik des AFP wird in der Zukunft nochmals diskutiert werden müssen, denn mit dem mittelfristigen Finanzausgleich werden wir systematisch immer eine negative Zahl im Ausgleich haben, weil der AFP systematisch stets negativ ist. Die Minderheit hat zurecht eine andere Ansicht zur Frage der AFP-Methodik, die aktuelle genügt uns nicht. Das letzte Mal im ursprünglichen Budget ohne ZK hatten wir ein Defizit von rund 50 Millionen Franken. Nächstes Jahr budgetiert der Stadtrat 100 Millionen Franken mehr Steuereinnahmen. Schliesslich handelt es sich aber in etwa um die gleiche Zahl wie im letzten Jahr, die der Stadtrat im Negativen budgetiert. Ich glaube deshalb nicht, dass wir etwas falsch verstanden haben und von einem Grundlagenirrtum ausgehen, sondern dass das Geld eigentlich gesucht und ausgewiesen hätte werden sollen. So wäre eine Steuerfussreduktion machbar, weil selbst bei einer Null genügend Geld bleibt, um eine Reduktion von mehr als zwei Prozent einzuführen. Das vorgelegte Defizit ist zurzeit noch nicht genau bekannt, wir wissen nicht, was die Zusatzkredite bringen oder wie sich die Flughafenaktien entwickeln werden. Wir lehnen das vorgelegte negative Budget ab.

Eintreten ist unbestritten

Weitere Wortmeldungen:

**Stefan Urech (SVP):** Die SVP-Fraktion glaubt nicht, dass es die Aufgabe der Stadt ist, eine flächendeckende, millionenschwere Tagesschule zur Verfügung zu stellen, ein Tanzstudio in San Francisco sowie ein Selbstfindungsatelier in Südindien zu betreiben oder etwa, dass Bürger der Stadt den Monatslohn von ihr bekommen. Wir glauben an einen Staat, der für Sicherheit sorgt, das Eigentum schützt, grundlegende Infrastrukturen zur Verfügung stellt und Junge ausbildet und nicht betreut und therapiert. Das Budgetbuch und der AFP wäre in einem schlanken Staat nach unserer Vorstellung halb so dick und würde schwarze – nicht rote – Zahlen ausweisen.

**Florian Utz (SP):** Unsere Telefonkampagne hat gezeigt, dass das grösste Problem in der Stadt Zürich die Wohnungen sind: Steigende Mietzinsen, Mietzinsexplosionen und Kündigungen wegen Luxussanierungen. Darum beantragen wir mehr Mittel für bezahlbare Wohnungen. Das hat eindeutig höhere Priorität als eine Steuersenkung. Niemand hat am Telefon mir gegenüber die Höhe des Steuerfusses als Problem erwähnt. Wir beantragen auch mehr Mittel für sichere Velorouten. Dass die Velorouten-Initiative bereits am ersten Tag der Unterschriftensammlung von 4500 Stadtzürcherinnen und Stadtzürchern unterschrieben wurde, zeigt, wie wichtig der Bevölkerung dieses Thema ist. Spitäler leiden heute unter Zinslast. Die Stadtspitäler Triemli und Waid zahlen in diesem Jahr 2 Prozent Zinsen auf ihr investiertes Geld, nächstes Jahr werden es 1,875 Prozent sein. Andere Spitäler zahlen häufig zwischen 0,25 und 0,5 Prozent Zinsen auf ihre Investitionen. Wir wollen, dass für alle gleich lange Spiesse geschaffen werden und lehnen eine Teilprivatisierung von Triemli und Waid und den Verkauf von Anteilen an die südafrikanische Hirslanden-Gruppe ab.

**Christian Traber (CVP):** Wir sind sowohl für die Steuerfussenkung als auch für das Budget. Für uns ist wichtig, dass wir nicht von einer Kürzung bei den Lohnmassnahmen sprechen, sondern dass wir von einer Kürzung der Steigerung bei den Lohnmassnahmen sprechen. Der Antrag, der eine Mehrheit in der RPK fand und den wir unterstützen werden, ist auch ein Grund, warum wir in der RPK am Ende bei einer Verbesserung von etwa 40 Millionen Franken angekommen sind, womit wir eigentlich ein ausgeglichenes Budget erreichen würden. Auch deshalb stimmte ich am Ende dem Budget zu. Dass in aller Regel die Rechnung positiver ausfällt, zeigt, dass auch die 2 Prozent Steuerfussenkung als Zeichen an den Steuerzahler möglich wäre.

**Shaibal Roy (GLP):** Wir haben eine klare Forderung an den Stadtrat: Wir sind der Meinung, dass er das Planjahr mit einer schwarzen Null budgetieren soll. Wenn das nicht geschehen wird, werden wir, wie es in diesem Jahr geschehen ist, nachhelfen. Wenn es nicht für die schwarze Null reichen wird, frage ich mich, ob es sich um einen Grund handelt, das Budget abzulehnen oder Parteipolitik zu betreiben. Wir sind ebenfalls für Investitionen in die Infrastruktur, weshalb wir auch glauben, dass mehr Fremdkapital aufgenommen werden muss. Dabei handelt es sich nicht um zukünftige Steuern, denn die Anleihen werden von der Stadt über 22 bis 30 Jahre aufgenommen.

*Der Durchschnittzinssatz befindet sich zwischen 0,4 bis 0,75 Prozent. Wenn wir das jetzt machen, könnte man im Idealfall bestehende Schulden zurückzahlen und der Durchschnittzinssatz würde auf 1,75 Prozent sinken. Die ganze Stadt würde davon profitieren, unter anderem auch die Spitäler. Wenn wir jetzt weniger Fremdkapital aufnehmen, funktioniert das nicht. Es braucht das Fremdkapital und stabile Steuern. Langfristig müssen wir der Bevölkerung die Sicherheit eines stabilen Steuernumfelds bieten. Wir stimmen dem Budget und auch dem AFP, den wir im Vergleich zum Stadtrat eher tiefrot sehen, zu.*

**Stefan Urech (SVP):** *Im Budget 2018 der Stadt Zürich finden sich zwei neue Stellen für Ernährungsberater, die ihre Bevormundungspolitik in Sachen Ernährung durchführen wollen. In den 500 Jahren seit der Reformation sind wir nicht weit gekommen: Schon bereits damals wurde Zwingli dazu bewegt, sich mit einem demonstrativen, oppositionellen Wurstessen gegen die Obrigkeit der Stadt Zürich zu stellen. Das rot-grüne Budget 2018 strotzt vor Gutmenschentum, Subventionen und Willkommenskultur. Das Budget ist voll von vergoldeten Konti, Prunk und unnötigen Dingen – 500 Jahre nach Zwingli braucht die Stadt Zürich dringend eine zweite Reformation.*

**Peter Schick (SVP):** *Der AFP verdient den Titel «Zürich in der Schuldenfalle und der Weg dahin», bei allen Zahlen handelt es sich um Rekordhochs, zur Effizienzsteigerung lässt sich nichts finden. Beim Defizit von 41 Millionen Franken handelt es sich beinahe um Hohn, da es sich nach verschiedenen Aussagen im Streubereich befindet und beinahe ausgeglichen sei. Die Stadt Zürich wird in einigen Jahren in noch röteren Zahlen versinken, wenn jetzt nicht die Bremse gezogen, gespart und nur noch das Notwendige gemacht wird. Die Investitionen werden bis 2021 um 1 bis 1,3 Milliarden Franken steigen, was die Infrastruktur verlangt und vor allem durch das unnatürliche Bevölkerungswachstum verursacht wird. Aber auch hier würde eine VW- statt einer Mercedes-Sanierung ausreichen. Der Selbstfinanzierungsgrad wird bis zum Jahr 2021 von 71,3 Prozent auf kümmerliche 48 Prozent abnehmen. Das Eigenkapital von aktuell einer Milliarde Franken wird bis in vier Jahren auf 581 Millionen Franken abnehmen. Wenn man das mit dem Schuldenberg der Stadtspitäler in der Höhe von 800 Millionen Franken vergleicht, wird deutlich, dass das nicht aufgehen kann. Die Nettoschulden waren letztes Jahr 3,6 Milliarden Franken, liegen aktuell bei 4 Milliarden Franken und steigen bis zum Jahr 2021 auf 6 Milliarden Franken an. Die SVP verlangt vom Stadtrat ein Budgetbuch, das aufzeigt, wie und wo gespart werden kann und muss.*

**Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP):** *Der Finanzplan erinnert an griechische Verhältnisse: Es werden Defizite prognostiziert, die noch grösser wären, wenn die Annahmen der Einnahmen anders, nämlich reeller, wären. Ausserdem wurde das Budget geschönt. Es weist zwar ein Defizit in der Höhe von 43 Millionen Franken aus. Das ist aber viel zu wenig. Eigentlich müsste das Budget über 100 000 Franken negativ ausfallen: Erträge aus Ordnungsbussen sind in der Höhe von 60 Millionen Franken budgetiert. Eigentlich müssten die Ordnungsbussen aus dem Budget entfernt werden, das führte zu einem noch schlechteren Ergebnis. Wenn die Ordnungsbussen dann doch anfallen, können sie als ausserordentliche Erträge verbucht und zur Schuldentilgung verwendet werden. Statt zur Schuldentilgung wird aber das Geld für rot-grünes «Beigemüse» verwendet.*

7 / 8

**Martin Götzl (SVP):** Die SP hat vorher erwähnt, wie wichtig Volksentscheide für sie sind, doch erwähnt wurden nur solche, die zum SP-Parteiprogramm passen. Ich möchte daran erinnern, dass es auch Volksentscheide zum bedingungslosen Grundeinkommen, zur Drogenlegalisierung und zum Ausländerstimmrecht gibt.

**Samuel Balsiger (SVP):** Von den anderen Parteien wird die Budget-Debatte als Wahlkampfvehikel genutzt, etwa mit dem Thema der bezahlbaren Wohnungen. Schuld an den explodierten Mieten, und daran, dass normale, mittelständige Familien aus der Stadt vertrieben werden, ist aber einzig und allein die Masseneinwanderung: Vor der Einführung der Personenfreizügigkeit sanken die Bodenpreise im Kanton Zürich. In Altstetten beispielsweise stiegen nur die Bodenpreise innerhalb von drei Jahren um 83 Prozent. Wollte man den sozialen Wohnungsbau umsetzen, würde das 15 Milliarden Franken kosten.

#### Änderungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt folgende Änderung zum Antrag des Stadtrats:

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 wird ablehnend zur Kenntnis genommen.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

#### Schlussabstimmung

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Präsident Walter Angst (AL), Referent; Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)  
Minderheit: Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Referent; Peter Schick (SVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

8 / 8

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums

Der Aufgaben- und Finanzplan 2018–2021 wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 20. Dezember 2017 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat